

Liebe LeserInnen,

Neue WOCHE Editorial



„Ein Bild sagt mehr als 1000 Worte“ lautet ein bekanntes Sprichwort. Doch welche Tausende Worte weitergegeben werden dürfen, sollten oder

können, ist eine der schwierigsten Fragen im Medienbereich. So auch bei dem Bild des dreijährigen Aylan Kurdi, dem Flüchtlingsjungen aus Syrien, der tot am Strand von Bodrum, Türkei, aufgefunden wurde.

Wie für alle Medien, so war es für mich keine leichte Entscheidung, ob das Foto, das innerhalb weniger Stunden rund um die Welt ging, in der neuen WOCHE gezeigt werden sollte oder nicht. Ich habe mich schließlich dafür entschieden, aus Gründen, die in dem Beitrag über dem Bild auf Seite 4 anschaulich dargestellt werden: Denn die Aufnahme lässt keine Seele kalt und sie symbolisiert mehr als es jeder Bericht ausdrücken könnte, wie sehr Europa und die Welt bisher versagt haben. Der Anblick des toten Kindes sorgt für Trauer, Scham, aber auch für Entsetzen und Empörung. Und vor allem letzteres ist es, was notwendig ist, um eine Wende in der Flüchtlingskrise herbeizuführen.

Die Reaktionen von politischer Seite sowie aus der Bevölkerung vermitteln den Anschein, als habe die Aufnahme viele Menschen aufgerüttelt. Dies wiederum vermag den Druck auf neue Regelungen verstärken. So beispielsweise in Großbritannien: Hier haben in Reaktion auf Aylans Tragödie bereits 300.000 Bürger eine Petition unterschrieben, in der sie von Premierminister David Cameron und der konservativen Regierung fordern,

mehr Flüchtlinge aufzunehmen und den Kurs zu wechseln.

Die türkische Küstenwache gab bekannt, innerhalb der ersten fünf Monate dieses Jahres bereits 42.000 Menschen aus dem Ägäischen Meer gerettet zu haben, allein vergangene Woche waren es 2160 Menschen. Laut Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen sind dieses Jahr insgesamt über 320.000 Flüchtlinge in Europa angekommen und eine Vielzahl ist dabei angewiesen auf Schleuser, die ihnen einen Platz auf einem Boot oder Transporter vermitteln. Für tausende Menschen im Ägäischen Meer und im Mittelmeer kommt dabei jede Hilfe zu spät. Wann wird nun endlich zur Tat geschritten, um Schleusern das Handwerk zu legen? Gewiss, es ist ein kaum zu bewältigtes Unterfangen. Und Maßnahmen zur Bekämpfung von Schlepperbanden sind bisher auf alle Fälle kläglich gescheitert. Wie sehr, das zeigt die Nachricht über den 17-jährigen Flüchtling, der bei einem Handgemenge mit Schleppern von europäischen (!) Grenzschützern von Frontex auf einem Boot, das zu einer griechischen Insel in der Ägäis unterwegs war, vergangene Woche erschossen wurde.

Der UN-Berater Andrea di Nicola, Kriminologe an der Universität Trient, betonte in einem Interview mit „Zeit Online“, Voraussetzung sei es zunächst, die Netzwerke der Schleuser zu verstehen. Für eine effektive Bekämpfung bräuchte es mehr Kooperation innerhalb Europas und eine gemeinsame Task Force, forderte er in dem Interview, und auf internationaler Ebene sei eine Kooperation mit den Ländern, aus denen die Flüchtlinge kommen, erforderlich. Dies ist selbstverständlich eine Langzeitaufgabe, die noch viele Jahre in Anspruch nehmen wird. Wie sollen aber Einigungen auf internationaler Ebene überhaupt getroffen werden, wenn nicht einmal die EU-Länder in der Lage sind, miteinander zu kooperieren?

Schulduzuweisungen wie die des ungarischen Premierministers Viktor Orbán, der das Flüchtlingsproblem als „nicht europäisch“, sondern „deutsch“ bezeichnet, lassen die Hoffnung auf eine gemeinsame und den „europäischen Werten“ gerecht werdende EU-Politik utopisch erscheinen. Was könnte nun sofort getan werden? Zeit ist schließlich das allerletzte, was vorhanden ist. Wie wäre es mit der Bereitstellung von anderen, sicheren Transportmöglichkeiten? Flugzeugen, Bussen und Zügen? So wie es am Wochenende wenigstens für den Übergang von Ungarn nach Österreich und Deutschland ermöglicht wurde. Denn nicht nur Dramen auf offenem Meer, auch die Ereignisse an den Grenzübergängen wie Griechenland-Mazedonien oder momentan in Ungarn-Österreich sind in keiner Weise aus europäischer Sicht zu verantworten.

Der einzige Hoffnungsschimmer der letzten Tage ist wohl die zunehmende Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Auch, dass in den deutschsprachigen Medien vermehrt über die Möglichkeiten wie beispielsweise Sachspenden, Deutschunterricht, Bereitstellung privater Unterkünfte und Geldspenden berichtet und aufgerufen wird, veranschaulicht, dass ein großes Interesse da ist. Die Bilder aus Österreich und Deutschland zeigen zum Beispiel, wie sehr doch der einzelne Bürger zur Hilfe bereit ist. Sie stellen somit ein positives Gegenstück zu den Meldungen über Attentate auf Flüchtlingsheime und Demonstrationen Rechtsradikaler dar, die auch in der vergangenen Woche nicht nachgelassen haben. Die Mehrheit präsentiert allerdings das Bild einer Willkommenskultur.

Bis nächste Woche Ihre
Nadine Halberkann

Sie liegen falsch. Natürlich lösen Betroffenheit, Mitgefühl und Goodwill keine Probleme. Aber die gekippte Stimmung ist die Grundlage dafür, dass die Staaten und mit ihnen die Bevölkerung die Herausforderungen sachlich, rasch und – das ist das Wichtigste – menschenwürdig meistern können.“

Mit dem Flüchtlingsdrama befasst sich die sozialistische Oppositionszeitung „Duma“ in Bulgarien: „Wer wird bezahlen für den Tod des Kleinkinds Aylan Kurdi, dessen Foto die Welt zum Weinen brachte, sowie für den Tod seines fünfjährigen Bruders Galip und der Mutter der beiden? (...) Die Flüchtlingswelle nach dem Krieg, der von den USA mit der aktiven Hilfe und Mitarbeit von deren europäischen Anhängern (...) im Nahen Osten geschürt wurde, zwingt nun die Europäer die bitteren Früchte ihres Hochmuts zu sammeln und zu verdauen. Dies ist zum hohen Maß völlig verdient, denn zu zeigen, dass dich das Drama um die sogenannte Europäische Union nichts angeht, (...) ist totale Naivität und Verantwortungslosigkeit.“



Flüchtlinge stehen am Samstag in einer Halle in der Messe in München. In der Münchner Messe können bis zu 3000 Flüchtlinge vorübergehend untergebracht werden.

Die konservative britische „Times“ kommentiert die faire Verteilung von Flüchtlingen aus Syrien: „Europa ist unfähig, den Flüchtlingen zu helfen, weil es keine Übereinstimmung darüber gibt, wer für ihr Schicksal verantwortlich ist, und wie man darauf reagieren sollte. Es gibt keine Führungskraft in Europa, um eine entsprechende Einigung herbeizuführen (Premierminister David) Cameron tut gut daran, sich auf keine konkrete Zahl für die Aufnahme von Flüchtlingen festzulegen, bevor Einzelheiten über das Auswahlverfahren festgelegt werden. Es wird problematisch sein, aus den Lagern in der Türkei an der Grenze zu Syrien die Verweilenden von den Notleidenden zu unterscheiden und herauszusuchen. Doch Syrien ist offensichtlich das Problem Europas. Großbritannien ist eine führende Nation in Europa, und die Zeit ist gekommen, sich entsprechend zu verhalten.“

Aus aller Welt



Die blutigen Konflikte im Nahen Osten und Nordafrika halten nach Unicef-Angaben 13 Millionen Kinder vom Besuch einer Schule ab. Für die betroffenen Familien sei dies ein wichtiger Grund, die Krisengebiete zu verlassen und nach Europa zu flüchten, erklärte das UN-Kinderhilfswerk am Donnerstag in Köln. Allein in Syrien, dem Irak, Jemen und Libyen seien fast 9000 Schulen zerstört oder unbenutzbar geworden und Tausende Lehrer geflohen.



In Guatemala protestieren Einwohner gegen den guatemalteken Präsidenten Otto Pérez. Der von schweren Korruptionsvorwürfen belastete Pérez ist zurückgetreten. Nachdem ein Richter Haftbefehl gegen ihn erlassen hatte, räumte der 64-jährige Ex-General in der Nacht zum Donnerstag seinen Posten.



Ein Flüchtlingskind schaut am Samstag am Hauptbahnhof in München aus dem Fenster einer S-Bahn. Zahlreiche Flüchtlinge wurden zur Weiterverteilung direkt in eine bereitstehende S-Bahn weitergeleitet (Lesen Sie dazu auch Seite 1, 3 und 4).

Wie Sie, liebe LeserInnen, bereits auf Seite 1 erkennen können, so ist das Thema Flüchtlinge der Schwerpunkt dieser Ausgabe. Die verschiedenen Beiträge, die dennoch nur eine „kleine“ Auswahl dessen, was zur Verfügung steht, darstellen, sollen Ihnen einen Überblick verschaffen, was sich an den Grenzübergängen, innerhalb der Europäischen Union, sowie innerhalb der einzelnen Ländern derzeit abspielt und wie es Flüchtlingen in ihrer neuen – oder vorübergehenden – „Heimat“ ergeht.

Blick in die Presse

Die „**Neue Zürcher Zeitung** am Sonntag“ kommentiert die zunehmende Bereitschaft der Europäer, Flüchtlinge aufzunehmen: „Mit den Bildern der Toten, Verwunde-

ten und Verzweifelten in Kopf und Herz hat manch einer gespürt und gemerkt: Da kommen Menschen aus Kriegsgebieten zu uns, die nichts mehr zu verlieren haben.

Angesichts der altbekannten Herausforderungen der Massmigration haben Kritiker das wachsende Verständnis für Flüchtlinge als Betroffenheitskitsch abgetan.

Vorschau Ausgabe 36/15

Seite 10: Von Homs nach Hamburg – Flüchtlingsalltag im „Gelben Dorf“

Seite 11: Gastkommentar zur Flüchtlingskrise

Seite 12: Das Restaurant „Eiger Swiss“ schließt Ende September. „Wir haben Glück gehabt, dass die 25 Jahre so gut gelaufen sind.“

Seite 13: Vortrag Prof. Dr. Jörn Leonhard: „European Crisis and Global Conflict: Comparing First World War Experiences“

Seite 14: Alpträume und Schizophrenie bekämpfen – Forschung nutzt Klarträume

Seite 17: Weiße Schneelandschaften auf hoher See: Die Hürtigrute

Gedenk-/Feiertage

Try Harders Währungstabelle vom 7. September 2015
... always reliable, always punctual
International Forwarding Agents and Licensed Customs Brokers
phone Henning Harders Pty Ltd on (02) 9358 5100 or (03) 9335 5644

Kursnotierungen:

Land	Währung	Ankauf	Verkauf
Europa	Euro	0.5921	0.6538
Schweiz	SF	0.6436	0.7078
USA	US \$	0.6699	0.7295

Achtung Touristen: Die angegebenen Kurse entsprechen dem amtlichen Mittelkurs bei bargeldloser Verrechnung. Die Umtauschkoten für Bargeld oder Traveller Cheques liegen in der Regel um einige Prozentpunkte höher (Ankauf) oder niedriger (Verkauf). Umrechnungskurse immer bezogen auf 1 Australien-Dollar (ohne Gewähr).

Impressum

Die neue **Woche** in Australien published by

Foreign Media Australia Pty. Ltd.

ABN: 42167437943

Redaktion: 406 / 212 Bondi Road, Bondi NSW 2026
Postanschrift: PO Box 187, Bondi Road Post Office, Bondi NSW 2026
Telefon: 02 8283 5105 **Mobile:** 0451 790 403
Email: neuewoche@tpg.com.au

Geschäftsführende Chefredakteurin (Managing Editor)
Nadine Halberkann

Korrespondenten
Nadja Mack (Melbourne, VIC), Dr. Olaf Konstantin Krueger (Adelaide, SA), Wolfgang Kreuzer (Brisbane, QLD) Tel.: 0409 894 575, Wolfgang Leonhardt (Perth WA) Tel.: (08) 9302 4942

Printed by New Age Printing Pty. Ltd., 25 Clyde Street, Rydalmere NSW 2116, T. (02) 9684 4406
Distributed by Wrapaway, 36A/134 Fitzroy St., Marrickville NSW 2204, T. (02) 9550 1622

Nicht ausdrücklich gekennzeichnete Beiträge und Bilder sind dpa Berichte und dpa Fotos! Für unverlangt eingesandenes Material sowie Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung erfolgt nur, falls ein adressierter Freiumschlag beigelegt ist.

Tiefe Gräben wegen Flüchtlingspolitik – Die EU kommt kaum voran

Der Konflikt bleibt Europa erhalten: Einige Länder nehmen viele Flüchtlinge auf, andere machen dicht. Das Klima ist angespannt – beispielsweise zwischen Deutschland und Ungarn.

Berlin (dpa) – Schuldzuweisungen, Unverständnis für die Position des anderen und ganz viel Frust bei allen, die nach einem seriösen Kompromiss suchen: Europa kommt in der Debatte über eine gerechtere Verteilung von Flüchtlingen nur in Trippelschritten voran. Beim EU-Außenministertreffen in Luxemburg gelang es am Samstag wieder nicht, die tiefen Gräben zu schließen – obwohl im Vorfeld etliche Teilnehmer dazu aufgerufen hatten, endlich mit konstruktiven Beiträgen eine Lösung zu finden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist jedenfalls noch weit entfernt vom selbstgesteckten Ziel, innerhalb der EU eine grundlegende Reform der europäischen Flüchtlingspolitik durchzusetzen. „Das gesamte System muss neu gestaltet werden“, hatte sie gerade erst gefordert und eine „faire Lastenverteilung“ zwischen den 28 EU-Mitgliedsstaaten angemahnt. „Ganz Europa ist entsprechend der Wirtschaftskraft und Größe des jeweiligen Landes gefordert.“ Angesichts rasant steigender Flüchtlingszahlen in Deutschland ist die Kanzlerin am Sonntagabend zunächst einmal innenpolitisch gefordert – mit einem möglichst großen Wurf ihrer Berliner Koalitionsspitzen

bei Versorgung, Verteilung und Integration der entwurzelten Menschen. Das Treffen im Kanzleramt dürfte auf ein Geschacher um neue Milliarden für Länder und Kommunen hinauslaufen, wobei sich Union und SPD im Ziel grundsätzlich einig sind: „Wir schaffen das, weil wir ein starkes und hilfsberechtigtes Land sind.“ Nach der zwischen Budapest, Wien und Berlin am Freitag auf höchster Ebene ausgehandelten Weiterreise Tausender Flüchtlinge aus Ungarn war das Kanzleramt am Samstag gleichwohl bemüht, auch demonstrativ auf die Bremse zu treten: Ein Präzedenzfall für den Umgang europäischer Nachbarn mit Flüchtlingen könne das nicht sein, machte Vize-Regierungssprecher Georg Streiter deutlich. „Wir haben jetzt eine akute Notlage bereinigt“ – mehr nicht.

Im Mittelpunkt des EU-Streits stehen wieder einmal die Staaten aus dem Osten des Kontinents, die verbindlichen Regeln zur Verteilung von Flüchtlingen äußerst kritisch gegenüberstehen. Sie verwiesen in Luxemburg darauf, dass kaum ein Asylsuchender freiwillig zu ihnen komme – und fragen sich, ob denn per Losverfahren entschieden werde solle, wer in Länder wie Deutschland und Schweden dürfe und wer nach Polen oder in die Slowakei müsse.



Hunderte Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Afrika laufen bei Budapest (Ungarn) über eine Autobahn in Richtung der Grenze zu Österreich. Die Menschen hatten tagelang am Bahnhof in Budapest auf die Weiterreise nach Deutschland gewartet. Bei Temperaturen über dreißig Grad ließ die Polizei die Menschen zunächst gewähren und sperrte die Autobahn immer wieder ab.



Immer wieder wird auf Sorgen der dortigen Bevölkerung wegen des Flüchtlingsstroms verwiesen. Dies habe vor allem damit zu tun, dass man zu Sowjet-Zeiten von der Außenwelt abgeschottet gewesen sei. „Es herrscht Angst. Es herrscht Ungewissheit. Die Menschen sind mehrheitlich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen“, erklärte ein Diplomat aus einem kleineren osteuropäischen Land. Dies könnten die Regierungen nicht ignorieren, ohne ihren Rückhalt zu verlieren.

Auf der anderen Seite stehen Länder, die den östlichen Mitgliedstaaten vorwerfen, sich extrem unsolidarisch zu verhalten. Hinter vorgehaltener Hand verweisen

westliche Diplomaten darauf, dass Osteuropa im vergangenen Jahrzehnt über die EU Milliardenbeträge von Nettozahlern wie Schweden und Deutschland erhalten habe – aber daran könne sich nun offensichtlich niemand mehr erinnern.

Frustfördernd wirkt auch, dass Regierungschefs wie der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban keinerlei Anstalten machen, von ihren Wählern mehr Verständnis für Flüchtlinge zu fordern. „Man muss sich manchmal schämen für Viktor Orban. Das ist ein Mann, der vieles kaputt geschlagen hat in Ungarn, aber auch vieles kaputt geschlagen hat, was die Werte in der Europäischen Union angeht“, kommentier-

te jüngst der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn.

Auch die Bundesregierung hat gerade erst schlechte Erfahrungen mit Orban gemacht, der das Flüchtlingsdrama zum deutschen Problem erklärte.

Trotz aller Konflikte: Chancen auf eine Einigung sehen beide Seiten noch. „Wir kommen an einer Lösung nicht vorbei“, sagte der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Mit „einiger Zufriedenheit“ könne er nach den Gesprächen in Luxemburg feststellen, dass es zwar keine Einigung auf eine Quote, aber immerhin die Bereitschaft gebe, sich stärker an der Gesamtverantwortung zu beteiligen.

Revolution oder nicht? Der Papst und die Vergebung der Abtreibung

Rom (dpa) – Es klingt revolutionär, aber bei genauerem Hinschauen wirft die Ankündigung eher Fragen auf. Papst Franziskus erlaubt allen Priestern, während des bevorstehenden Heiligen Jahres Frauen von der „Sünde“ der Abtreibung loszusprechen. Greift Franziskus eine weitere konservative Bastion der katholischen Kirche an? Ist das kurz vor der Familiensynode im Oktober im Vatikan eine von Vielen erhoffte Öffnung der Kirche?

Die Abtreibung ist eine der schwersten Sünden in der katholischen Kirchen. So schwer, dass sie

automatisch eine Exkommunikation nach sich zieht. Das bedeutet, dass nicht nur die Frau, sondern auch der Abtreibungsarzt und der Partner, wenn er die Frau zur Abtreibung gedrängt hat, die Sakramente nicht mehr empfangen dürfen. Und somit auch nicht mehr zur Beichte dürfen. Eigentlich dürfen nur Bischöfe und besonders beauftragte Priester die Tatstrafe der Exkommunikation nachlassen.

Vom „Drama der Abtreibung“ spricht Franziskus und von einem „schwerwiegenden Übel“. Viele Frauen erleben diese Entscheidung als „Niederlage“ und meinen, keinen anderen Ausweg zu haben. „Ich weiß um den Druck, der sie zu dieser Entscheidung geführt hat. Ich weiß, dass dies eine existenzielle und moralische Tragödie ist“, heißt es in dem Schreiben für das Jubiläumsjahr, das diesen Dezember beginnt und unter dem Motto „Barmherzigkeit“ steht.



Papst Franziskus kommt zu einer Audienz im Vatikan an.

Er hieß Aylan: Foto eines toten Kindes schockt die Welt

Berlin (dpa) – Das Foto eines toten Kindes am Strand gibt dem Flüchtlingselend auf einmal einen Namen: Aylan, drei Jahre alt, geflohen aus dem syrischen Kobane, ertrunken im Mittelmeer, angespült an einem Strand in der Türkei. Die internationale Öffentlichkeit reagierte am Donnerstag mit Entsetzen auf die Aufnahmen, die am Mittwoch in Bodrum entstanden waren. „Jeder, der letzte Nacht diese Bilder gesehen hat, konnte gar nicht anders, als bewegt zu sein“, sagte Großbritanniens Premierminister David Cameron. Großbritannien nennt innerhalb der EU derzeit vergleichsweise wenige Flüchtlinge auf. Das Echo auf das Bild von Aylan könnte den Druck auf Europas Regierungen verstärken.

In den sozialen Netzwerken empfanden sich viele Menschen über die Tatenlosigkeit der westlichen Staaten. „Ich möchte nur noch weinen“, war ein typischer Kommentar bei Twitter. „Wenn dieses Bild die Welt nicht verändert, haben wir alle versagt“, schrieb eine Nutzerin.

Die türkische Fotografin Nilüfer Demir hat das Bild gemacht: „Als ich

den dreijährigen Aylan Kurdi gesehen habe, gefor mir wirklich das Blut in den Adern. In dem Moment war nichts mehr zu machen.“ Sie habe nichts mehr für ihn tun können. „Das einzige, was ich tun konnte, war, seinem Schrei – dem Schrei seines am Boden liegenden Körpers – Gehör zu verschaffen. Ich dachte, das könnte ich nur schaffen, indem ich den Abzug betätigte. Und in diesem Moment habe ich das Foto geschossen. Hunderter Meter weiter lag sein Bruder Galip am Boden.“

Auch Aylans Bruder Galip, fünf Jahre alt, und die Mutter der Jungen, Rehan Kurdi, sind tot. Vater Abdullah Kurdi erzählte unter Tränen von seinem Kampf, seine Familie vor dem Ertrinken zu retten. Hohe Wellen hätten das Boot zum Kentern gebracht.

Die Medien gingen unterschiedlich mit der Aufnahme um. Einige zeigten das Kind mit abgewandtem Kopf, andere frontal mit verpixelttem Gesicht. Wieder andere Zeitungen und Portale zeigten es gar nicht.

„So ein Bild trifft direkt ins Herz und direkt in unsere Psyche“, sagte Psychologe Michael Thiel. „Das sagt

viel mehr über das Elend von Flüchtlingen aus als jedes Gefasel von Politikern und anderen Leuten. Es macht deutlich: Es sind nicht nur irgendwelche abstrakten Flüchtlingskrisen.“ Ein unschuldiges Kind habe aufgrund der Zustände sterben müssen. „Und das ist etwas, was keinen Menschen kaltlässt.“

Den Deutschen Presserat in Berlin erreichten zunächst zehn Beschwerden. „Und wir erwarten noch mehr in dem Zusammenhang“, sagte die Pressesprecherin des Selbstkontrollorgans der Printmedien, Edda Eick. In erster Linie gehe es bei diesen Beanstandungen um die Achtung der Menschenwürde und Sensationsberichterstattung. Medienethiker Prof. Alexander Filipovici sprach sich gegen Forderungen aus, das Bild generell zu bannen. Es zeige in einzigartiger Weise die Dramatik der Krise und die Unmenschlichkeit, die damit verbunden sei. „Die Realität ist komplex und die Leiden sind vielfältig. Und wenn es tatsächlich so ein Bild gibt, in dem das aufgefangen werden kann, dann kann es angezeigt sein, das Bild zu verwenden.“

Rund um die Welt

Mutmaßliche Mitglieder der nigerianischen Terrormiliz Boko Haram haben bei zwei Anschlägen in Kamerun 34 Menschen getötet. Die Extremisten hätten in Kerawa im Grenzgebiet zu Nigeria einen Sprengsatz auf einem Markt gezündet und auch ein Krankenhaus attackiert, sagte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums am Donnerstag weiter. Es habe auch mehr als 100 Verletzte gegeben.

Die Suche nach dem vermis-

ten Malaysia-Airlines-Flugzeug im Indischen Ozean könnte nach den Worten von Australiens Verkehrsminister Warren Truss noch ein Jahr weitergehen. „Wir sind zu vorsichtig, dass wir im richtigen Gebiet suchen“, sagte er am Freitag. Er bezog sich auf die Bestätigung der Pariser Staatsanwaltschaft, dass die auf der französischen Insel La Réunion gefundene Flügelklappe zu dem seit März 2014 verschollenen Flug MH370 gehört.

Bei einem Doppelanschlag auf

eine Moschee in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa sind der Nachrichtenagentur Saba zufolge mindestens 28 Menschen getötet worden. Wie das von den Huthi-Rebellen kontrollierte und ehemals staatliche Medium berichtete, wurden 75 weitere verletzt. Über Twitter verbreiteten Dschihadisten ein mutmaßliches Bekennerschreiben der Terrormiliz Islamischer Staat (IS). Ziel des Attentats seien die Huthi gewesen, die die Stadt kontrollieren, hieß es.



Türkische Polizisten bergen den Leichnam des dreijährigen Aylan Kurdi.

Gelobtes Land – verfluchtes Land: Deutschland in neuer Rolle

Berlin (dpa) – Aus den verschiedensten Teilen der Welt bekommt Deutschland gerade viel Lob für seine Aufnahme von Flüchtlingen. US-Präsident Barack Obama dankte der deutschen Kanzlerin Angela Merkel persönlich dafür, wie sie in Europas jüngster Krise Führungsstärke zeige. Die italienische Zeitung „La Repubblica“ erhob die Kanzlerin auch zur „moralischen Führerin Europas“. In Großbritannien kam der „Independent“, mit etwas schlechtem Gewissen, zum Urteil: „Wir geben es nicht gern zu: Aber moralisch verhält sich Deutschland besser als wir.“

So etwas tut selbstverständlich auch in Berlin gut. Zumal die Zeiten, dass in Europa die Leute mit „Merkel raus“-Plakaten durch die Stadt marschierten und Finanzminister Wolfgang Schäuble ein Hitler-Bärtchen verpassten, gar nicht so lange zurückliegen. Und nun, nur ein paar Wochen später? Alles wieder anders? Deutschland als gelobtes Land? Verflogen der Zorn über das deutsche „Spardiktat“, gepriesen die neue deutsche Menschlichkeit?

So ist das nicht. In die Anerkennung mischen sich mittlerweile auch andere Töne. Von den EU-Partnern sind einige recht genervt darüber, wie die Deutschen in der Flüchtlingskrise aufreten.

Ungarns rechtskonservativer Ministerpräsident Viktor Orban macht keinen Hehl daraus, dass ihm der offene Kurs aus Berlin überhaupt nicht



Ein Bundespolizist geht am frühen Morgen im Hauptbahnhof in Stuttgart mit Flüchtlingen an einem ICE aus München vorbei, mit dem die Männer in die baden-württembergische Landeshauptstadt gereist waren.

passt. Aber auch Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner wirft Deutschland vor, durch übergroße Aufnahmebereitschaft die Flüchtlinge erst nach Europa zu locken.

Wenn die Mikrofone aus sind, wird über die Deutschen auch richtig geflücht. Der Vorwurf, sich auf Kosten von anderen Europäern als „Gutmenschen“ aufzuspielen, ist dabei noch harmlos.

Bei den jüngsten EU-Treffen zur Flüchtlingskrise – am Donnerstag war Orban in Brüssel, am Wochenende trafen sich die Außenminister, Mitte des Monats dann die Innen- und Justizminister – ging es ziem-

lich zur Sache (siehe auch Bericht Seite 3 und 1). Um den Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union war es schon einmal deutlich besser bestellt.

Aktuell geht der Streit um das sogenannte Dublin-Abkommen von 1997, in dem die Aufnahme von Flüchtlingen eigentlich geregelt ist. Merkel weist alle Vorwürfe zurück, dass die Bundesrepublik mit großzügiger Geste selbst gegen die Abmachungen verstößt. Was die vielen neuen Flüchtlingen aus Syrien angeht, sieht sie „keine Mitverantwortung Deutschlands“.

Und grundsätzlich, so die christ-

demokratische Kanzlerin: „Wir sollten uns nicht gegenseitig beziichtigen, sondern wir müssen etwas ändern.“ Ihr sozialdemokratischer Außenminister Frank-Walter Steinmeier sagte am Mittwoch ganz ähnlich: „Das Thema hat inzwischen eine Dimension, dass wir aufhören sollten, dass einer mit dem Finger auf den anderen zeigt. Wir kommen so nicht weiter.“ Für einen Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs – einen Flüchtlingstreffen gab es bereits, im Vergleich zu vielen mehr Schuldengipfeln – ist es aber auch Berlin noch zu früh.

Im Grunde geht die Debatte auch um einiges tiefer. Zur Frage steht, für jetzt und die nächsten Jahre, Deutschlands veränderte Rolle in Europa und der Welt. Nach den verschiedenen Angeboten zu „mehr Verantwortung“ auf internationalem Gebiet – von Bundespräsident Joachim Gauck, von Merkel, von Steinmeier – steht die deutsche Politik nun bereits im Praxistest. Nicht nur schneller als von vielen erwartet, sondern auch auf anderen Gebieten als gedacht.

Strittig ist nicht irgendein neuer Auslandseinsatz der Bundeswehr.

Vielmehr geht es um die Frage, was Deutschlands gewachsene Stärke für eine Europäische Union (EU) bedeutet, in der es mit der Solidarität gerade nicht so weit her ist. Die Flüchtlingskrise – mit all ihren Ursachen, vom Balkan über Syrien und Libyen bis Schwarzafrika – ist nur das jüngste Beispiel dafür.

Schwesig will flexible Betreuungszeiten in Kitas fördern

Mainz (dpa) – Mit bis zu 100 Millionen Euro in drei Jahren will Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) flexiblere Betreuungszeiten für Kinder fördern. Bei dem Programm KitaPlus gehe es darum, das Angebot vor allem in Randzeiten zu verbessern, erklärte Schwesig. Immer mehr Mütter und Väter arbeiten außerhalb der üblichen Öffnungszeiten von Kitas – etwa in Kliniken, der Gastronomie oder bei der Polizei. „Diese Familien wünschen sich eine Betreuung für ihre Kinder, die zu ihrem Arbeitsalltag passt“, betonte die Ministerin.

Bis zu 200.000 Euro pro Jahr können Kitas beantragen. Tagespflegepersonen bis zu 15.000 Euro, um ihr Angebot ab Januar 2016 entsprechend auszubauen. Das Geld kann für Baukosten ebenso genutzt werden wie für Betriebs- und Personalkosten. Schon eine Verlängerung der Öffnungszeiten von 16.00 auf 18.00 Uhr nutze vielen Pendlern und Vollzeitberufstätigen, heißt es im Ministerium.

Bedarfsgerechte Betreuungszeiten können nach Angaben des Ministeriums eine Ausweitung der Öffnungszeiten pro Wochentag bedeuten, aber auch Betreuungsmöglichkeiten am Wochenende und an Feiertagen bis hin zu einem Betreuungsangebot auch in Nachtszeiten. Schwesig besuchte am Donnerstag die Kindertagesstätte „UNImedimimis“ auf dem Gelände der Universitätsmedizin in Mainz.

Arbeitgeber und Gewerkschaften kämpfen gegen Kinderarmut

Berlin (dpa) – Arbeitgeber und Gewerkschaften in Deutschland wollen mit einem umfangreichen Aktionsplan die Kinderarmut eindämmen. Jobcenter und Kommunen sollen sich laut dem Arbeitgeberverband BDA und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) dabei gezielt um die 112.000 Familien mit schulpflichtigen Kindern kümmern, in denen beide Eltern arbeitslos sind.

Der Bezug von Leistungen für Langzeitarbeitslose dürfe sich nicht „generationenübergreifend vererbend“, sagte Peter Clever von der Hauptgeschäftsführung der BDA

am Donnerstag in Berlin. Von der deutschen Regierung müssten 280 Millionen Euro pro Jahr fließen, damit zumindest ein Elternteil durch Qualifizierung, Lohnkostenzuschüsse oder andere Hilfen in einen Job gebracht werden könne. Notfalls komme auch eine zeitlich befristete, öffentlich geförderte Beschäftigung infrage.

Clever betonte, auch angesichts der Herausforderung durch Flüchtlinge dürften andere Probleme nicht aus dem Blick geraten. Das Programm soll laut BDA und DGB auf drei Jahre angelegt werden.

Bundesregierung will Fachkräftemangel durch Investitionen stoppen

Berlin (dpa) – Die Bevölkerungsalterung wird sich fortsetzen – und mit ihr auch der Mangel an Fachkräften. Zu diesem Schluss kommt das Bundesinnenministerium in seiner Demografiestrategie unter dem Titel „Jedes Alter zählt – Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“. Deutschland könnte bis zum Jahr 2060 bis auf 73,1 Millionen Einwohner schrumpfen.

„Rückgang und Alterung der Bevölkerung sind jedoch nach allen Modellrechnungen nicht umkehrbar“, heißt es in dem Strategiepapier. Zusätzlich werde die für den Arbeitsmarkt relevante Gruppe der 20- bis 66-Jährigen um bis zu 3,5 Millionen abnehmen. Mit einer „Fachkräfte-Offensive“ soll die Bundesregierung deshalb ab 2019 gezielt um qualifizierte Arbeiter im In- und Ausland werben.

Kinderpornografie im Internet: „Löschen statt sperren“ wirkt

Berlin (dpa) – Bei deutschen Hotlines und Polizeidienststellen gehen immer mehr Hinweise auf kinderpornografische Inhalte ein, die auf Servern im Inland liegen. Das geht aus einem Bericht über die Löschung von Kinderpornografie im Internet im Jahr 2014 hervor, der im Bundeskabinett verabschiedet wurde. Danach sind im vergangenen Jahr 1146 Mal illegale Inhalte gemeldet worden, die von Providern in Deutschland gehostet wurden. Ein Jahr zuvor waren 781 derartige Hinweise eingegangen.

Der Anstieg ist unter anderem auf einen Sammelhinweis zurückzuführen, den die Internet-Beschwerdestelle der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter entgegengenommen hatte. Eine weitere Erklärung könnte eine durch kostenünstige Speicherplatzangebote bedingte Zunahme der in Deutschland gespeicherten Inhalte sein.

Ängste der Deutschen wegen Krisen und Zuwanderung groß

Berlin (dpa) – Schuldenkrise, Extremismus, steigende Flüchtlingszahlen: Bei den Ängsten der Deutschen rangieren politische Themen einer neuen Studie zufolge vor privaten Sorgen. Jeder Zweite hat demnach Angst vor einer Überforderung Deutschlands durch Flüchtlinge sowie vor politischem Extremismus.

Das ist das Ergebnis der in Berlin veröffentlichten repräsentativen Studie der R+V-Versicherung, die seit 1992 rund 2400 Deutsche regelmäßig zu ihren Ängsten befragt. Aktuelle Bedrohungen und Herausforderungen, die von außen auf uns

zukommen, lösen in diesem Jahr sehr große Ängste aus“, erklärte Rita Jakli, Leiterin des Infocenters der Versicherung. Auch die Schuldenkrisen von EU-Ländern bereiten den Deutschen Sorgen: 64 Prozent der Befragten fürchten als Folge hohe Kosten für deutsche Steuerzahler – in diesem Jahr ist das sogar die größte Angst der Deutschen. Jeder Zweite bangt auch um den Euro.

Die zweitgrößte Angst hierzu ist laut der Studie allerdings nicht politischer Natur: Auch die Menschen in Deutschland fürchten Naturkatastrophen.



Studenten sitzen in einem Hörsaal der Universität Heidelberg (Archivbild).

Gesetzentwurf gegen Uni-Kurzzeitverträge verabschiedet

Berlin (dpa) – Extrem kurze Befristungen bei Arbeitsverträgen an deutschen Hochschulen könnten bald der Vergangenheit angehören. Das Kabinett verabschiedete einen Gesetzentwurf, der Zehntausenden jüngeren Dozenten und Forschern verlässlichere Karriere-

wege ermöglichen soll. Es gebe „keinen sachlichen Grund dafür, dass mehr als die Hälfte der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei ihrem ersten Vertrag kürzer als ein Jahr angestellt werden“, sagte Forschungsministerin Johanna Wanka.

Nitratgehalt in Gewässern nimmt zu

Frankfurt/Main (dpa) – Wegen zu viel Dünger auf den Feldern sind in Deutschland rund ein Viertel aller Trinkwasser-Reservoirs mit gesundheitsschädlichem Nitrat überbelastet. Zudem ist die Zahl der Fließgewässer, in denen der Nitratwert zu hoch ist, in den letzten Jahren gestiegen. Dies teilte die Bundesregierung auf eine Grünen-Anfrage mit, wie die „Frankfurter Rundschau“ berichtet. Laut Bundesumweltministerium sind bundesweit 306 von 1203 „Grundwasserkörpern“ aufgrund der hohen Nitratbelastung in einem schlechten Zustand.

Kampagne gegen Smartphones am Steuer

München (dpa) – Drei Viertel der Autofahrer nutzen ihr Smartphone am Steuer, wie eine Umfrage des Automobilclubs Mobil in Deutschland ergeben hat. Wie gefährlich es ist, am Steuer E-Mails, SMS oder WhatsApp-Nachrichten zu lesen, will der Verband nun den Autofahrern bewusst machen.

Gemeinsam mit dem TÜV Süd stellt Mobil in Deutschland heute eine bundesweite Kampagne zur Verkehrssicherheit vor. Das Motto lautet: „Be Smart! Hände ans Steuer – Augen auf die Straße.“ Michael Haberland, Präsident von Mobil in Deutschland, verweist etwa auf technische Lösungen bei neueren Autos. „Damit kann man sich beispielsweise auch eine WhatsApp-Nachricht vorlesen lassen“, sagt er. Das sei dann zwar immer noch eine Ablenkung – allerdings deutlich besser, als aufs Smartphone zu blicken.

Schweiz hofft auf Hilfe von der Kanzlerin des großen Kantons

Kleine Schweiz, großes Deutschland. Es gibt Misstöne, doch im Grunde läuft es gut zwischen den Nachbarn südlich und nördlich des Rheins. Aber kann Angela Merkel den Eidgenossen bei der EU in Brüssel helfen?

Bern (dpa) – Helmut Kohl als Kanzler – die Zeit scheint sich mancher in der Eidgenossenschaft zurückzuvünschen. Zum offiziellen Schweiz-Besuch von Angela Merkel am Donnerstag las man in der „Neuen Zürcher Zeitung“: „Im Gegensatz zum deutschen Altkanzler gilt Angela Merkel nicht als eine besondere Freundin der Schweiz.“ Der Pfälzer habe wohl „eine größere kulturelle Nähe“ zum Alpenland als seine in der DDR aufgewachsene Nachfolgerin.

Dennoch hoffte die Regierung in Bern bei den Gesprächen mit Merkel auf deren Verständnis für ihre Lage. Und auf das eine oder andere gute Wort der mächtigen Kanzlerin bei der EU-Kommission in Brüssel. Das könnte die Schweiz gut brauchen, denn ihr Verhältnis zur Europäischen Union ist ramponiert.

Der Grund ist das Votum der Eidgenossen für die Initiative der rechtswidrigen Schweizerischen Volkspartei (SVP) gegen „Masseneinwanderung“. Der Volksentscheid vom Februar 2014 verpflichtet die Regierung, bis 2017 erneut auch Kontingente für Zuwanderer aus der EU festzulegen, darunter

für Deutsche. Bislang können sie auf der Basis entsprechender Vereinbarungen über die Personenfreizügigkeit noch ohne Einschränkungen in der Schweiz arbeiten und wohnen – ebenso wie Schweizer überall in der EU.

Die Annahme der Initiative, wenngleich mit nur 50,3 Prozent, könnte sich als Bumerang erweisen. Den Grundsatz der Personenfreizügigkeit hatte Brüssel nämlich mit der Schweiz nicht einfach so, sondern als Bestandteil eines Pakets bilateraler Vereinbarungen über ihr Verhältnis zu dem Nicht-EU-Mitglied vereinbart. Wird dagegen verstoßen, könnte Brüssel auch vieles infrage stellen, was der Schweiz enorme Vorteile bringt. Vor allem der zollfreie Zugang zum europäischen Binnenmarkt.

Das wäre eine Bürde auch für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und dem „großen Kanton“, wie Deutschland südlich der Rhein-Grenze gern genannt wird. Immerhin ist die Bundesrepublik für Schweizer Exporte das wichtigste Zielland. Zugleich gehört die Schweiz zu den zehn wichtigsten Handelspartnern Deutschlands, etwa vier



Martin Täuber (l), Rektor der Universität Bern, überreicht Angela Merkel den Ehrendoktor.

Prozent der gesamten deutschen Exporte gehen dorthin.

Doch könnte sich die Kanzlerin tatsächlich in Brüssel für eine Sonderbehandlung der Schweiz einsetzen? „Kaum vorstellbar, allein schon wegen David Cameron“, hört man in diplomatischen Kreisen. Der britische Premier will der EU Sonderregelungen abringen, um den freien Zugang von Arbeitnehmern aus südlichen EU-Staaten zum britischen Arbeitsmarkt einschränken zu können. Zuge-

stände sogar an das Nicht-EU-Land Schweiz wären Wasser auf Camerons Mühlen.

Ob bei so viel EU-„Zündstoff“ während der nur rund sechsstündigen Merkel-Visite noch Zeit für bilaterale Probleme bleibt? Schwer vorstellbar. Dabei gäbe es manches zu besprechen. Von Schwarzgeld-Problemen bis zum Ärger in Südbaden über den Fluglärm vom Airport Zürich.

Zudem scheint die Chemie zwischen Deutschen und Eidgenossen

nicht mehr zu stimmen. „Schweizer mobben deutsche Autofahrer“, berichtete kürzlich das Schweizer Newsportal „20 Minuten“. Es gäbe Fälle, in denen Hakenkreuze in Autos mit deutschen Kennzeichen geritzt worden seien. Deutsche würden sich auf Schweizer Autobahnen bedrängt fühlen.

„Schweizer eckeln Deutsche raus“, titelte schon vor zwei Jahren die Boulevard-Zeitung „Blick“. Eine SVP-Politikerin klagte öffentlich angesichts Zehntausender Deutscher im Gaststättengewerbe, im Gesundheitswesen, in der Finanzwirtschaft und an den Universitäten: „Es hätt zwill Tütschi.“ Solche Stimmungen kochten immer mal hoch, sagt Matthias Estermann, der sein Geld als Versicherungsexperte in Luzern verdient und 2008 den Verein für Deutsche in der Schweiz gründete. Das werde aber meist überzogen dargestellt. „Man muss auch sehen, dass sich in der kleinen Schweiz rund eine halbe Million Deutsche aufhalten“, sagt Estermann, der wie Merkel in der DDR aufwuchs. Rund 300.000 mit ständigem Wohnsitz, 100.000 als Grenzgänger und 100.000, die temporär für bis zu zwölf Monate in der Schweiz arbeiten. „Gemessen daran registrieren wir nur einige wenige unschöne Vorfälle, insgesamt ist das Verhältnis gut.“

Rassismus-Bekämpfer rügen Wahlkampf mit Asylproblemen

Bern (dpa) – Angesichts einer zunehmend kontroversen Asyldebatte in der Schweiz hat die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) Politiker und Parteien vor „stigmatisierenden Aussagen und Hassparolen“ gewarnt. Asyl und Einwanderung seien dominierende Themen des Wahlkampfes für die Parlamentswahl am 18. Oktober, erklärte die Kommission am Montag in Bern. Diese Themen würden jedoch von einigen missbraucht, „als Vorwand für stigmatisierende Äußerungen gegenüber Personen, die sich in ihrer Existenz bedroht fühlen und in der Schweiz oder anderswo Zuflucht suchen“.

Der Umgangston habe sich ver-

scharft und „verbale Entgleisungen“ würden zunehmen. Die EKR nannte niemanden beim Namen. Die sozialdemokratische Schweizer Bundespräsidentin und Justizministerin Simonetta Sommaruga hatte kürzlich der nationalkonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) vorgeworfen, Wahlkampf auf dem Rücken von Flüchtlingen zu betreiben.

Die SVP, die im Schweizer Parlament die größte Fraktion stellt, fordert Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl von „Scheinflüchtlingen“. Sie wirft der Justizministerin eine verfehlte Asylpolitik vor, die Wirtschaftsflüchtlinge anlocke sowie „zu explodierenden Kosten, mehr Kriminalität und Unterbringungsproblemen führt“.

EU erlaubt Übernahme von Kuoni-Reiseveranstaltergeschäft durch Rewe

Brüssel (dpa) – Die EU-Kommission hat die Übernahme des europäischen Reiseveranstaltergeschäfts von Kuoni durch den deutschen Rewe-Konzern genehmigt. Die absehbaren Folgen der Übernahme seien gering und stellten daher kein Hindernis dar, erklärte die Behörde vergangene Woche in Brüssel. Sie hatte den Zusammenschluss geprüft, um sicherzustellen, dass auch danach noch ausreichend Wettbewerb herrscht.

Auf den betroffenen Märkten seien die gemeinsamen Marktanteile entweder gering, oder sie nähmen durch die Transaktion kaum zu, erklärte die EU-Kommission. Von der Schweizer Wettbe-

werbskommission (Weko) waren von Anfang an keine Einwände erwartet worden, weil Rewe bislang im Schweizer Markt als Mitigentümerin von ITS Coop Travel nur eine kleine Rolle spielte. Kuoni ist ein Schweizer Unternehmen.

Kuoni hatte im Juni mitgeteilt, dass das Unternehmen seine Reiseveranstalter, Spezialisten und Reisebüros sowie den Onlinevertrieb in den Märkten Schweiz, Großbritannien, Skandinavien/Finnland und Benelux an Rewe verkauft. Über den Preis für dieses langjährige Kerngeschäft des Schweizer Traditionskonzerns wurde Stillschweigen vereinbart.

Novartis und Amgen kooperieren im Bereich Neurowissenschaften

Basel (dpa) – Der schweizerische Pharmakonzern Novartis hat eine Kooperation mit dem US-Wettbewerber Amgen im Bereich der Neurowissenschaften angekündigt. Dabei geht es unter anderem um die Weiterentwicklung eines Novartis-Programms zur Behandlung von Alzheimer.

Amgen leiste eine Vorauszahlung sowie weitere Zahlungen beim Erreichen bestimmter Meilensteine in einem festgelegten Zeitraum. Danach teile man sich Entwicklungskosten und Gewinne je zur Hälfte, hieß es in einer Mitteilung.

41 Verletzte bei Autobahn-Unfall in der Schweiz mit Bus und Lastwagen

Luzern (dpa) – Bei einem Auffahrunfall auf einer Schweizer Autobahn sind am Freitag 41 Menschen verletzt worden, vier von ihnen schwer. Nach Angaben der Polizei stießen ein britischer Reisebus und vier Lastwagen auf der Autobahn A2 rund 20 Kilometer nordwestlich von Luzern zusammen.

Die meisten Verletzten hatten in dem Bus gesessen. Mehr als 30 kamen mit leichten Verletzungen davon, die anderen wurden in Krankenhäuser der Umgebung gebracht. Zu der Karambolage kam es in einem Baustellenbereich, in dem es in letzter Zeit mehrfach Auffahrunfälle gegeben hatte, meist allerdings mit Blechschäden. Diesmal war ein Großaufgebot an Rettungs- und Bergungskräften mit 20 Krankenwagen und drei Notarzt-Helikopter im Einsatz.



Erinnerung an die Katastrophe von Mattmark

Der Schweizer Bischof Jean-Marie Lovey (vorne links) nimmt an der Zeremonie zur Erinnerung an die Opfer der Katastrophe von Mattmark teil. Das Unglück liegt 50 Jahre zurück und gilt als eines der schlimmsten Katastrophen der Alpen. Am 30. August 1965 lösten sich 500.000 Kubikmeter Eis vom Allalingletscher und donnernten mit ungeheurer Wucht auf die Baracken der Kraftwerkbaustelle Mattmark in Saas-Almagell. Hunderte von Arbeitern wurden unter den Massen begraben. 88 verloren dabei ihr Leben.

Schweiz will Schwarzgeld-Amtshilfe auch bei gestohlenen Daten leisten

Bern (dpa) – Die Schweiz will anderen Staaten künftig auch dann Amtshilfe in Steuerverfahren leisten, wenn sich Anträge auf gestohlene Bankdaten stützen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf stellte die Regierung in Bern am Mittwoch vor.

Allerdings bleibt solche Amtshilfe weiter verboten, wenn ein Staat Daten zu mutmaßlichen

Schwarzgeldkonten seiner Bürger in der Schweiz durch aktiven Ankauf erworben hat. So könnte zum Beispiel das Bundesland Nordrhein-Westfalen, das für etliche Millionen Euro CDs mit Daten erworben hat, die Schweizer Banken gestohlen worden waren, in diesen Fällen weiterhin nicht auf eidgenössische Hilfe rechnen.

Schwarzfahrer in der Schweiz kommen in nationales Register

Bern (dpa) – Schwarzfahrer in der Schweiz müssen nicht nur hohe Bußen zahlen, sondern werden künftig auch in einem landesweiten Register erfasst. Ein entsprechendes Gesetz tritt 2016 in Kraft, wie die Regierung in Bern am Mittwoch beschloss. Damit können Unternehmen des öffentlichen Verkehrs prüfen, ob es sich bei einem ertrappten Schwarzfahrer um einen Wiederholstäter

handelt. Falls ja können sie höhere Bußen verhängen oder in schweren Fällen Anzeige erstatten und ein gerichtliches Strafverfahren anstreben.

Die Daten müssen nach zwei Jahren gelöscht werden – vorausgesetzt die Ticket und Buße wurden bezahlt und der Schwarzfahrer wurde nicht rückfällig. Die Höhe der Zuschläge für das Fahren ohne Ticket ist unterschiedlich.

Zwillingsstädte Wien und Bratislava – Annäherung entlang der Donau

Vor rund 100 Jahren sah sich Bratislava als Vorort der Kaisermetropole Wien. Heute sind beide die am nächsten zusammenliegenden Hauptstädte Europas. Manch einer wähnt sie bereits auf dem Weg zu einer Riesenstadt.

Wien (dpa) – Diese Zugfahrten wird Daniela Nedas wohl nie vergessen: „Seit ich 16 war, bin ich vier Jahre lang von Bratislava nach Wien gependelt, sechsmal die Woche“, erzählt die gebürtige Slowakin, die heute in Österreich lebt. „Erst zum Gymnasium, später dann zur Uni. Um 6.33 Uhr ging es immer los, wir waren eine richtige Zugcommunity, haben auf der einstündigen Fahrt geschlafen oder Hausaufgaben gemacht.“ So wie die mittlerweile 30-jährige Nedas pendelten und pendeln bis heute Tausende Schüler, Studenten und Berufstätige zwischen Bratislava und Wien hin und her. Die beiden Donaustädte sind mit etwa 60 Kilometer Entfernung die beiden am engsten zusammenliegenden Hauptstädte Europas. Und in letzter Zeit sind sie noch mehr zusammengerückt.

Beide werden mittlerweile als „Twin-City“-Zwillingsstadt – bezeichnet. Der Begriff wurde vor allem durch den „Twin-City-Liner“ geprägt, ein Schnellboot, das mehrmals täglich auf der Donau zwischen den beiden Hauptstädten verkehrt. Die Fahrt dauert etwa 75

Minuten. Noch schneller geht es für Gewohnheitspendler jedoch mit dem Zug oder mit dem Auto.

„Die beiden Städte wachsen zusammen“, sagt auch Patrick Sagmeister, österreichischer Wirtschaftsdelegierter in Bratislava. „Der Speckgürtel von Bratislava dehnt sich mittlerweile auf Österreich aus.“ Bedingt durch die für eine Hauptstadt ungewöhnliche Lage direkt an den Staatsgrenzen zu Österreich und Ungarn konnte Bratislava vor der Wende nur in Richtung Osten wachsen. Seit dem EU-Beitritt der Slowakei im Jahr 2004, vor allem aber in den vergangenen rund fünf Jahren boomte der Erwerb von Baugrundstücken und Eigenheimen jenseits der Grenze. In Ungarn wird vor allem die kleine Gemeinde Rajka von Slowaken gestürmt, denen Bratislava zu teuer geworden ist.

Viel größer ist jedoch der Andrang auf Bratislavas Nachbarorte in Niederösterreich und dem Burgenland. Die burgenländische Gemeinde Kittsee ist schon das zweite Jahr hintereinander die am schnellsten wachsende Gemeinde Österreichs. Trotz Überalterung der ursprünglichen Bevölkerung stieg die Bevölkerungszahl nach Angaben des Statistikamts allein in den vergangenen vier Jahren wegen des Zuzugs junger Familien aus Bratislava von knapp 2000 auf rund 3000 Einwohner an.

Zu anderen österreichischen Gemeinden mit hohem Anteil slowakischer Bewohner verkehrt von Bratislava aus sogar eine der städtischen Autobuslinien über die Staatsgrenze hinaus. Ein europaweit noch immer außergewöhnliches Beispiel internationaler Zusammenarbeit.

Auch wirtschaftlich wird die Verflechtung immer enger. Rund 500 Millionen



Das Bild zeigt den Wiener Donaukanal (Archivbild).

Euro betrogen laut Wirtschaftskammer im vergangenen Jahr die Exporte aus der österreichischen Hauptstadt nach Bratislava, etwa genauso viel floss in die umgekehrte Richtung. Mehr als 500 Wiener Unternehmen sind in der slowakischen Hauptstadt tätig. „Für Wien ist die Slowakei der achtwichtigste Exportpartner weltweit“, sagt Wirtschaftsvertreter Sagmeister. Bratislava als wirtschaftliches Zentrum des Landes steht dabei im Fokus.

„Viele große internationale Konzerne ignorieren die Slowakei, weil sie mit rund fünf Millionen Menschen ein kleiner Markt ist, da bleibt viel Raum für die österreichischen Firmen“, sagt Sagmeister.

Auch die Infrastruktur zwischen den beiden Städten wächst zusammen. Seit 2007 verbindet eine Autobahn beide Städte, Mehrmals pro Stunde verkehren Züge über die Landesgrenze hinweg.

Über die Regionalförderung profitiert der Ballungsraum auch von EU-Geldern. Im Juli stellte Brüssel 75 Millionen Euro bis zum Jahr 2020 zur Verfügung. Neben grenzüberschreitenden Fahrradwegen sollen damit unter anderem auch Vorbereitungskurse für slowakische Krankenpflegerinnen finanziert werden, sagt Sagmeister. Tausende Pflegerinnen arbeiten regelmäßig in österreichischen Grenzregionen. Dort sind sie das Rückgrat der ambulanten Pflege.

Die mit der Wende 1989/90 wieder stärker spürbar gewordene Nähe zwischen den beiden Haupt-

städten hat eine lange historische Tradition. Einst gehörte Bratislava unter dem Namen Pressburg zur Habsburger Doppelmonarchie. Auch danach verband die „Wiener Straßenbahn“ die beiden Stadtzentren mit Unterbrechungen bis zum Zweiten Weltkrieg.

Mit gut zwei Stunden war die Fahrzeit zwar deutlich länger als mit heutigen Zügen, in den Erzählungen der Zeitgenossen wird dafür die Gemütlichkeit erklärt: Aus Pressburg sei man nach Wien zum Kaffee gefahren oder zu Fußballspielen, umgekehrt hätten die Wiener das damals weniger streng zensierte Theater- und Kinoleben in der kleineren Nachbarstadt genossen.

Auch heute ist das wieder ähnlich. Reisebusse mit Abendtouristen aus der Opernmetropole Wien fahren nach Bratislava, wo sich die viel kleinere Oper des slowakischen Nationaltheaters ausgerechnet bei den kulturverwöhnten Wienern großer Beliebtheit erfreut.

Die Besucher aus der Nachbarhauptstadt sind für das Haus wichtig, wie der aus Österreich stammende Musikdirektor des Nationaltheaters, Friedrich Haider, sagt. Sie machen demnach etwa 25 bis 30 Prozent des Publikums aus. Viele Opernaufführungen in Bratislava seien im Vergleich zu den Wiener Bühnen authentischer und dadurch interessanter, hört man von diesen Besuchern gelegentlich.

„Sehr viele Leute meinen, wir seien zu Wien eine Alternative“,

sagt Haider. „Dass wir trotz kleinem Etat Opernaufführungen auf sehr hohem Niveau präsentieren, beweist die Tatsache, dass sich die Publikumsauslastung in den letzten drei Jahren um 20 Prozent gesteigert hat“ – nicht zuletzt Dank des Wiener Publikums.

Opernstars aus der Slowakei haben Wiener und internationale Bühnen im Sturm erobert: Besonders klingende Namen sind die 1993 verstorbene Sopranistin Lucia Popp oder die bis heute glänzende Edita Gruberova. Ist die Oper Bratislava eine Art Talentschmiede für Wien? Haider stimmt zu: „Ja, aber nicht nur für Wien. Ich kenne übrigens weltweit keine andere Stadt in der Größe Bratislavas, die ein Ensemble von 35 Sängern und 20 ständigen Gast-sängern aus nur einem Land rekrutieren kann.“ Etwa 400.000 Einwohner zählt die Stadt, in der Slowakei leben insgesamt 5,4 Millionen Menschen.

Doch nicht nur im Kulturbereich besteht diese Anziehungskraft. „Nach der Wende schickten etliche Eltern ihre Kinder aus Bratislava nach Österreich, um Deutsch zu lernen und eine bessere Bildung zu bekommen“, erzählt die ehemalige Pendlerin Nedas. Einige verlegten ihren Lebensmittelpunkt später komplett in die österreichische Hauptstadt, wie auch die 30-Jährige selbst. „Ich bin heute in Wien zu Hause“, sagt sie. „Ich habe aber nicht das Gefühl, ausgewandert zu sein – es ist ja gleich um die Ecke.“



Eine Straßenbahn fährt vor der Kulisse der Burg durch die Altstadt von Bratislava.

Post greift nach Paketgeschäft in Österreich – Preiskampf erwartet

Wien (dpa) – Die Deutsche Post greift angesichts des Online-Booms nach dem lukrativen Paketgeschäft im Nachbarland Österreich: Mit Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe will sie bei Paketen „die deutliche Nummer zwei“ nach dem Platzhirsch, der Österreichischen Post AG, werden. Das sagte Post-Vorstand Jürgen Gerdes am Dienstag zum Start eines eigenen Paketdienstes der Bonner in Österreich mit zunächst noch bescheidenen 15 Depots. Die österreichische Post reagiert wenig begeistert: „Die Konkurrenz durch die Deutschen wird zu einem verschärften Preiskampf führen“, sagte der österreichische Postchef Georg Pözl der „Kronen-Zeitung“. Einen „Kampf um jedes Paket“, sieht die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ heraufziehen.

Die Deutschen haben viel vor: „Bis 2016 wollen wir das größte Paketshop-Netz anbieten und damit jedem österreichischem Bürger ermöglichen, innerhalb von maximal 10 Minuten einen DHL Paketshop zu erreichen“, sagte Gerdes der Deutschen Presse-Agentur. Viele Standorte und mehr Service – vor allem Abendzustellungen und die in Österreich bisher kaum üblichen Samstagslieferungen – damit will die Deutsche Post angreifen. Gerdes verspricht dabei viele neue Jobs in Österreich: Allein 2015 würden rund 1000 neue Stellen geschaffen, sagte er. In Österreich ist das Paketgeschäft bisher fest in den Händen der teilstaatlichen österreichischen Post mit ihren 19.000 Mitarbeitern: Im Privatkundenbereich hat sie einen Marktanteil von 77 Prozent.

Flüchtlinge in Österreich aus Todesfalle befreit

Wien (dpa) – Im letzten Moment hat die Polizei in Österreich eine erneute Flüchtlingstragödie verhindert. 24 junge Afghanen waren in einem zum Gefängnis umgebauten Kleinlastwagen ohne jede Frischluft zusammengepfercht, als sie von der Polizei befreit wurden. Es habe „akute Lebensgefahr“ geherrscht, sagte Polizeisprecher Thomas Keiblinger. Vor gut einer Woche waren in einem Kühl-lastwagen in Österreich 71 vermutlich erstickte Flüchtlinge entdeckt worden. Den Fahndern war der Transporter in der Nähe von Wien aufgefallen. Als die Beamten den Wagen stoppten, ergriff der 30-jährige Fahrer trotz eines Warnschusses die Flucht.

Freiwillige helfen Flüchtlingen in Wien und Salzburg – Lage entspannt

Salzburg (dpa) – Am Wiener Westbahnhof sind auch aus Ungarn kommende Migranten eingetroffen. Vor ihrer geplanten Weiterreise nach Deutschland wurden sie von zahlreichen freiwilligen Helfern mit Getränken und Nahrung versorgt. Zu den Zahlen gab es unterschiedliche Angaben. Helfer sprachen laut der österreichischen Nachrichtenagentur APA zufolge von „Hundertern von Flüchtlingen“ allein in den ersten vier Zügen aus Budapest. Laut Polizei waren es hingegen 70 Personen.

Verglichen mit teils chaotischen Zuständen tags zuvor hatte sich die Lage deutlich beruhigt, auch dank der angelaufenen

Betreuung für Flüchtlinge. Der Sprecher der Österreichischen Bundesbahn (ÖBB), Michael Braun, sagte, er rechne damit, dass sich die Zahl der aus Ungarn kommenden Migranten „auf hohem Niveau einpendeln“ werde. Vor dem späteren Abend wurden noch mehrere Züge aus Ungarn erwartet.

Auch auf dem Hauptbahnhof in Salzburg habe sich die Lage entspannt, berichtete ein Polizeisprecher. Helfer seien auf die Ankunft weitere Flüchtlinge eingestellt. Von Salzburg aus reisten bis zu 2000 Migranten, die dort aus Ungarn angekommen waren, in Zügen weiter nach Deutschland.

Sechs Monate Massenkauf von Staatsanleihen: Ist die EZB erfolgreich?

Frankfurt/Main (dpa) – Die Notenpresse der Europäischen Zentralbank (EZB) läuft auf Hochtouren. Vor fast einem halben Jahr (9.3.) haben Europas Währungshüter im Kampf gegen Mini-Inflation und Konjunkturschwäche die Geldschleusen geöffnet. Seither kaufen sie Monat für Monat für 60 Milliarden Euro Staatsanleihen und andere Wertpapiere. Erzielt das viele Geld die erhoffte Wirkung?

Warum hat die EZB das milliardenschwere Kaufprogramm gestartet? Ziel der Notenbank sind stabile Preise. Darunter verstehen die Währungshüter eine Inflationsrate knapp unter zwei Prozent. Von diesem Wert ist der Euro-Raum allerdings seit Monaten weit entfernt.

Zu Jahresbeginn sanken die Verbraucherpreise sogar. Deshalb befürchteten die Währungshüter eine Deflation, also einen anhaltenden Preisrückgang quer durch die Warengruppen. Mit dem Kauf von

Vermögenswerten stemmt sich die EZB dagegen, dass Verbraucher und Unternehmen Anschaffungen in Erwartung weiterer Preis-senkungen verschieben und die Wirtschaft erlahmen könnte. EZB-Vize-Präsident Vitor Constâncio ist überzeugt: „Die volle Umsetzung unserer Wertpapierkäufe wird die Inflation wieder auf ein Niveau zurückführen, das mit dem Ziel der EZB im Einklang steht.“

Hat die EZB keine anderen Mittel? Im Prinzip schon, doch sie hat ihr Pulver weitgehend verschossen. Das gilt vor allem für den Leitzins, das wichtigste Instrument der Geldpolitik: Eine Zinssenkung verbilligt Kredite und soll Konjunktur wie Inflation antreiben. Doch die EZB hat den Leitzins schon auf 0,05 Prozent gesenkt, also quasi abgeschafft.

Wie soll das Kaufprogramm funktionieren? Die EZB kauft Wertpapiere bei Banken oder Ver-

sicherern. So wird Geld ins Finanzsystem geschleust. Die EZB erwartet, dass das Programm Unternehmen und Verbrauchern hilft, leichter Kredite zu bekommen. Das soll die Investitionstätigkeit steigern, Jobs schaffen und das Wirtschaftswachstum stützen. Dafür drückt sich die EZB quasi selbst Geld, die Menge (Quantität) des Zentralbankgeldes nimmt zu, daher der Begriff „Quantitative Lockerung“ (QE).

Wie viel Geld hat die Notenbank dafür bereits ausgegeben? Bisher liegt das Volumen der gekauften öffentlichen Papiere bei knapp 290 Milliarden Euro. Zudem kauft die EZB Pfandbriefe (Covered Bonds) und förderungsbesicherte Wertpapiere (ABS).

Hat sich die Kreditvergabe verbessert? Ja. Im Juli stieg die Kreditvergabe an den privaten Sektor um 1,4 Prozent, nachdem sie im Vormonat um 0,9 Prozent gewachsen war. Damit zeichnet sich ab, dass die lange

Phase mit sinkender Kreditvergabe vorbei sein dürfte. Aus Sicht von BayemLB-Experte Johannes Mayr wächst die Hoffnung, dass der Kreditimpuls die Konjunktur künftig etwas stärker beflügeln wird.

Wirkt sich das bereits auf die Inflation aus? Nein, jedenfalls nicht spürbar. Im August verharnte die jährliche Inflationsrate bei 0,2 Prozent – vor allem, weil die Energiepreise wieder kräftig gefallen sind. Erst kürzlich hatte EZB-Chefvolkswirt Peter Praet eingeräumt, dass das Risiko gestiegen sei, das Inflationsziel noch länger als vermutet zu verfehlen. Praet betonte aber, dass die EZB nachlegen könnte: „Es



Das von der Deutschen Bundesbank in Frankfurt aufgenommene Foto zeigt Euro-Scheine (undatiertes Handout). Foto: Deutsche Bundesbank/dpa

sollte keine Zweifel geben bezüglich des Willens und der Fähigkeit des EZB-Rates zu handeln, falls es nötig wird.“ Das Anleihenkaufprogramm weise sowohl beim Volumen als auch bei der Dauer genug Spielraum auf.

VW-Chef Winterkorn bleibt länger – doch es warten große Baustellen

Wolfsburg (dpa) – VW-Boss Martin Winterkorn ist und bleibt der starke Mann in Wolfsburg. Doch Volkswagen sendet mit der Verlängerung seines Vertrags noch andere Signale: Eine Nachfolgeregelung ist verschoben. Winterkorn wechselt vorerst nicht an die Spitze des Aufsichtsrats. Und der 68-Jährige bekommt nun mehr Zeit, die vielen Probleme im Riesenimperium zu lösen – die Herausforderungen allerdings sind nicht kleiner geworden.

Winterkorns Vertrag lief ursprünglich noch bis Ende 2016, er

soll nun eine Vertragsverlängerung bis Ende 2018 bekommen. VW wolle mit Winterkorn „die Ziele der Strategie 2018 konsequent umsetzen“, erklärte der amtierende VW-Aufsichtsratschef Berthold Huber.

Das kann man auch als klaren Auftrag verstehen. In der „Strategie 2018“ sind klare Absatz- und Renditeziele definiert. Zwar hat Winterkorn den Konzern seit seinem Amtsantritt als Vorstandschef 2007 näher an die Weltspitze geführt und Absatz sowie Beschäftigung deutlich gesteigert.

Maschinenbauer starten stark ins zweite Halbjahr

Frankfurt/Main (dpa) – Dank eines starken Inlandgeschäfts sind die deutschen Maschinenbauer schwungvoll in die zweite Jahreshälfte gestartet. Die Unternehmen der mittelständisch geprägten Branche verzeichneten im Juli ein Auftragsplus von 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wie der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) in Frankfurt mitteilte.

Mit einem Anstieg um 43 Prozent stiegen die Bestellungen aus dem Inland sprunghaft, während das Auslandsgeschäft um 5 Prozent über dem Vorjahresniveau lag. „Wir hatten ungewöhnlich hohe, großvolumige Aufträge im Inland und im Euro-Raum“, sagte VDMA-Chefvolkswirt Ralph Wiechers. Das gebe es immer mal wieder und sei daher noch nicht als Trendwende zu bewerten. Die Bestellungen aus den Euro-Partnerländern zogen im Juli um beach-



In einer Montagehalle der Firma „MTU Reman Technologies“ in Magdeburg wird am Zylinderkopf eines Motors gearbeitet.

liche 51 Prozent gegenüber dem Vorjahr an.

Doch wegen der schwächeren Vormonate bleibt für den Zeitraum Januar bis Juli unterm Strich nur ein kleines Auftragsplus von 2 Prozent: „Das zeigt die aktuelle Situation sicherlich besser als der einzelne Monatswert.“ Im Drei-Monats-Vergleich verbuchten die Maschinenbauer zwischen Mai und Juli unterm Strich immerhin ein Plus von 4 Prozent.

Lufthansa-Piloten drohen wieder mit Streik

Frankfurt/Main (dpa) – Passagiere der Lufthansa müssen sich in den kommenden Wochen auf erneute Streiks der Piloten einstellen. Deren Gewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC) hat die Gespräche mit dem Unternehmen für gescheitert erklärt. Damit seien nun Streiks wieder jederzeit möglich, sagte VC-Sprecher Markus Wahl, ohne einen konkreten Termin zu nennen.

Es wäre der 13. Streik in dem laufenden Tarifkonflikt. Die Gewerk-

schaft will den neuerlichen Arbeitskampf wie bislang einen Tag zuvor ankündigen. In bislang zwölf Streikrunden seit April 2014 hat sie dem Unternehmen nach dessen Angaben mehr als 300 Millionen Euro Schaden zugefügt. Nach Darstellung der VC hat die Lufthansa es in einem Spitzengespräch mit Vorstandschef Carsten Spohr abgelehnt, die geplante Verlagerung von Flugzeugen und Arbeitsplätzen ins Ausland für die Zeit der Verhandlungen auszusetzen.

Was die Welt regiert: „Geschichte des Geldes“

Berlin (dpa) – Seit Jahrtausenden aktuell und auch derzeit nicht nur für die Griechen (bittere) Wahrheit: Geld regiert die Welt. Das Sprichwort impliziert ein ökonomisches Instrumentarium als politische Macht. Wann und warum erfand die Menschheit das Zahlungsmittel? Woraus entwickelte es sich? Wie und welchen Wandlungen unterlag und unterliegt es? Diese Fragen und mehr beantwortet nun der Berliner Wirtschaftshistoriker Henry Werner in einem Buch, das die „Geschichte des Geldes“ von seinen Ursprüngen bis hin zu seinem gar nicht so visionären Verschwinden im Cyberspace aufzeigt.

Am Ende des aufwendig und großartig bebilderten Bands informiert ein Zeitstrahl zusammengefasst über die wesentlichen Stationen jenes Mittels, über das jeder wenigstens ausreichend



Das Cover des Buches „Geschichte des Geldes“ von Henry Werner (undatiert). Foto: Palm Verlag/Elsengold Verlag GmbH dpa

verfügen möchte. Doch würde man sich um eine nicht nur informative, sondern auch vergnügliche Reise durch die Zeit bringen, ließe man die gut 200 Seiten davor unbeachtet. Wenn auch nahezu jeder weiß, dass sich Geld aus dem Warentausch und -handel entwickelte, so erfährt der Leser hier beispielsweise auch den genauen Weg, der über Naturalien und kostbare Naturgüter (Muscheln, Perlen, Edelsteine) hin zum Edelmetall führt, wann aus diesen Klumpen und Brocken Münzen wurden, wie sie geprägt waren und wer den Preis festlegte.

Aber es sind nicht nur die historischen Details, die Werners Lektüre in sechs großen Kapiteln interessant machen. Der Autor wertet selbst. Er sieht nicht nur die negative Seite des Zahlungsmittels, das Verbrechen, Korruption, sozialer und gesellschaftli-

cher Ungerechtigkeit Vorschub leistet. Er sieht die emotionale und glücklich machende Komponente. Er weist dem Geld seine Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur belebende Funktion und somit auch seine Bedeutung als Mitverursacher gesellschaftlicher Quantensprünge zu.

Werner erklärt Zusammenhänge und begründet den nicht immer bergauf führenden Weg des Geldes, das nach der Antike für eine Zeit bedeutungslos wurde, ja sogar fast ganz verschwunden war. Dass die Sumerer als Erfinder des Geldes (im 3. Jahrtausend v. Chr.) gelten, ist nicht neu. Doch nach Werner gebührt Naturvölkern in aller Welt die gleiche Anerkennung, weil sie „Dinge ohne Nutzwert“ wie Bernstein, Ebenholz, Federn, Kaurischnecken oder Quarze als Zahlungsmittel einsetzten.

WIRTSCHAFT IN KÜRZE

Der britisch-niederländische Ölkonzern Royal Dutch Shell darf nach einer Entscheidung der EU-Kommission den britischen Gasförderer BG Group übernehmen. Auch nach dem Zusammenschluss werde es eine Reihe starker Konkurrenten auf dem Markt in Europa geben, so dass Shell nicht die Preise diktieren könne, teilte die oberste Wettbewerbsbehörde Europas in Brüssel zur Begründung mit.

Die Oppenheim-Esch-Immobilienfonds waren bei Deutschlands Superreichen als steuersparende Investitionsmöglichkeit beliebt – doch in vielen Fällen erfüllten sie die Erwartungen nicht. Nach jahrelangem Rechtsstreit um Schadenersatz hat sich deshalb jetzt die Bank Sal. Oppenheim mit den Unternehmer-Familien Deichmann und Kreke (Douglas) auf einen Vergleich geeinigt. Das teilten Sprecher beider Familien mit. Das Geldhaus lehnte einen Kommentar ab.

Die Elektronik-Branche hofft auf einen Nachfrageschub durch vernetzter Technik. Im Mittelpunkt der Messe IFA in Berlin stehen Geräte mit Internet-Anbindung und die neuen Geschäftsmodelle, die mit ihnen möglich werden. „Bis 2020 werden die Deutschen rund 100 Millionen vernetzte Endgeräte nutzen – Smartphone und Tablet Computer nicht mitgerechnet“, sagte Klaus Böhm vom Beratungsunternehmen Deloitte zum IFA-Auftakt.

Die Autobahn 71 zwischen Thüringen und Bayern ist endgültig fertig. Mit der heutigen Freigabe des letzten Teilstücks ist das 2,6 Milliarden Euro teure Projekt durchgängig befahrbar. Damit ist der Autobahneubau in Thüringen mit mehreren Verkehrsprojekten Deutsche Einheit (VDE) abgeschlossen. Aber nicht wie geplant 2014, sondern Anfang September 2015 und damit 25 Jahre nach der Wiedervereinigung. Ohne Geld aus Brüssel wäre zumindest der nördliche Teil wohl kaum entstanden. 252 Millionen Euro steuerte die EU nach Ministeriumsangaben aus ihrem Regionalfonds bei.

Jojo-Effekt bei Pumuckl nach Kritik an Blitzdiät

Der legendäre Kobold Pumuckl soll künftig wieder in gewohntem Umfang auftreten. Nach Kritik an einer schlanken Version des Rotschopfs wird dessen Darstellung geregelt. „Derzeit wird ein Styleguide erarbeitet, der genau festlegt, wie weit das Schokoladenbäuchlein künftig aus der grünen Hose ragen darf“, teilte eine Sprecherin des Stuttgarter Kosmos-Verlags am Mittwoch mit. Die Tochter von Pumuckl-Erfinderin Ellis Kaut, Uschi Bagnall, sagte dem „Münchner Merkur“: „Pumuckl bekommt seinen Bauch zurück.“

Der Verlag hatte für eine neue Ausgabe Pumuckl moderner zeichnen lassen – ohne konkrete Vorgaben zu machen. Illustrator Jan Saße hatte die Figur sportlicher und damit dünner gestaltet. Er orientierte sich nach eigenen Angaben an seinen Söhnen. Das löste Kritik aus.

Ein paar E-Mails trudelten direkt beim Verlag ein. Im Internetdienst Twitter äußerten einige Nutzer unter dem Stichwort (Hashtag) #bringbackbäuchlein ihren Protest pro pumpeligen Pumuckl. Die Reaktionen seien oft mit einem Augenzwinkern gewesen und einer Ironie, die Pumuckl gut gefallen würde, sagte die Verlagssprecherin. „Wir sind sicher, dass sich Pumuckl über den Aufruf, den er im Netz angerichtet

vor mehr als 20 Jahren mit Gustl Bayrhammer und der Stimme von Hans Clarin hatte Pumuckl stets ein rundes Gesicht und Kugelbauch. Anlass für die neue Buch-Ausgabe sind der 95. Geburtstag von Ellis Kaut am 17. November und das Erscheinen des ersten Pumuckl-Buchs vor 50 Jahren im Stuttgarter Herold-Verlag. Die Tochter der Pumuckl-Erfinderin versicherte im „Münchner Merkur“: „Es wird nur dieses eine Buch mit der dünnen Figur geben.“ Die Sprecherin des Kosmos-Verlags formulierte unkonkret: „Im wahren Leben ist das eigene Gewicht ja auch nur schwer zu halten. So ist das auch bei Pumuckl.“ Wenn der kleine Kobold weiter viel Schokolade isst, könne es gut sein, dass er auch wieder etwas mehr Bauch bekommt. „Wir lassen uns da von dem kleinen Kobold gern überraschen und nehmen ihn so wie er ist – ob mit oder ohne Bäuchlein.“ Für weitere Bücher gebe es auch noch gar keinen konkreten Zeitplan.

Die Illustration des Illustrators Jan Saße zeigt die Zeichentrickfigur Pumuckl. Nach Kritik an einer schlankeren Form von Pumuckl soll es künftig Vorgaben für die Darstellung des Kobolds geben.
Foto: Jan Saße/Kosmos Verlag/dpa

hat, diebisch freuen würde“, sagte die Sprecherin. „Wie dick oder dünn Pumuckls Bäuchlein auch sein mag, wir sind sicher, dass alle unter 7-bis über 70-Jährigen denselben Spaß an den bezaubernden Geschichten von Ellis Kaut haben.“

In der bekannten Fernsehserie „Meister Eder und sein Pumuckl“

Den Verlag freut der Trubel um den wahrscheinlichen Jojo-Effekt bei Pumuckls Diät natürlich auch: „Dass Pumuckl nach über 50 Jahren die Herzen und Gemüter noch in dieser Weise bewegen kann, ist beeindruckend“, so die Sprecherin.

„7 Zwerge für Osnabrück“: Bürger haben die Wahl

Die Osnabrücker haben die Qual der Wahl: Zum Wettbewerb „7 Zwerge für Osnabrück“ sind nach Angaben der Stadt 136 Gartenzwerge eingegangen. Bis zum 13. September haben die Bürger Zeit, ihre Favoriten zu wählen. Die Zwerge sind in den Schaufenstern von 14 Geschäften der Altstadt zu sehen. Teilweise haben die Einsender auf den Anmeldezetteln eine kleine Geschichte zu den Zwergen erzählt, sagte Kulturamts-Mitarbeiterin Anke Bramlage. Einige Zwerge seien beim Einzug ins neue Eigenheim im Garten gefunden worden oder die Kinder hätten sie von den Eltern übernommen. „Der älteste Gartenzweig ist etwa 60 Jahre alt, und das sieht man ihm auch an“, sagte Bramlage. Es gebe aber auch ein paar neue Zwerge. Das diesjährige Kulturjahr steht in Osnabrück unter dem Motto „Wir sind im Garten“, daher auch der Zwergenwettbewerb. Preise gibt es für die Teilnehmer auch. Der Hauptgewinn ist eine Fahrt in einem Heißluftballon.

Verkauf von Wetterpatenschaften startet

In wenigen Tagen startet an der Freien Universität Berlin wieder der Verkauf von Wetterpatenschaften. „Ab dem 16. September nehmen wir Anträge für Hoch- und Tiefdruckgebiete für 2016 an“, sagte Daniela Schoster vom „Team Wetterpate“ am Institut für Meteorologie der Deutschen Presse-Agentur.

Im kommenden Jahr tragen die Tiefdruckgebiete weibliche und die Hochdruckgebiete männliche Vornamen. Für das laufende Jahr seien noch Patenschaften für Tiefdruckgebiete zu vergeben. Gesucht würden Interessenten für die Anfangsbuchstaben „F“, „Q“, „V“, „X“, „Y“ und „Z“.

Das Institut vergibt seit 1954 Namen für Hoch- und Tiefdruckge-

biete, die das Wetter in Mitteleuropa beeinflussen. Die Wetterdienste und Medien veröffentlichen diese Namen, die auf zahlreichen Wetterkarten erscheinen. Begonnen wird am Anfang eines jeden Jahres immer mit dem Buchstaben „A“. In alphabetischer Reihenfolge werden dann jeweils die Namen der Hochs und Tiefs veröffentlicht. Erfahrungsgemäß gibt es mehrere Runden. Bei Hochdruckgebieten seien es meist zwei Durchläufe und bei weniger beständigen Tiefs fünf Runden pro Jahr, sagte Schoster.

Durch den Verkauf der Namen für Hoch- und Tiefdruckgebiete unter www.wetterpate.de könne die studentische Wetterbeobachtung an der Station Berlin-Dahlem fortge-

setzt werden. 2002 stand das Projekt vor dem Aus. Patenschaften für Hochdruckgebiete kosten rund 355 Euro. Der Preis für ein Tiefdruckgebiet liegt bei rund 236 Euro. Buchstaben für Hochs oder Tiefs, die keine Paten finden, werden bei Ebay versteigert. Momentan sei der Buchstabe „Q“ in der Versteigerung. Das Anfangsgebot liegt bei einem Euro. Die Online-Auktion läuft noch bis zum 6. September.

Wenn sich auch bei Ebay kein Käufer finde, werde der Namen von den Studenten aus dem Projekt vergeben, sagte Schoster. Eine Patenschaft gilt als beliebtes und originales Geschenk zu Weihnachten, Geburtstagen oder zu besonderen Anlässen.

Cirrus-Wolken ziehen über den Himmel bei Sonthofen.

Auch Niederländer spielen Alphorn

Die Allgäuer Alphornbläser bekommen inzwischen auch aus den Niederlanden Zuwachs. Am traditionellen Alphornbläsertreffen mit 320 Musikern nahm in Waltenhofen auch eine holländische Gruppe teil.

„Die machen seit vielen Jahren Urlaub im Allgäu und haben gefragt, ob sie mitmachen dürfen“, sagte der Organisator Manfred Nigst. „Dann haben sie sich Alphörner anfertigen lassen und geübt.“ Bei sonnigem Sommerwetter verfolgten rund 4000 Besucher die Vorträge der alpenländischen Bläsergruppen vor allem aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Auf dem Programm standen Einzelvorträge und ein mehrstimmiger Gemeinschaftsschor mit allen Musikern. Die meisten Stücke sind traditionelle Weisen. Geübte Teilnehmer beherrschten aber auch



Alphornbläser gehen bei Waltenhofen mit ihren Instrumenten einen Berg hoch zum Spielen.

schwierige klassische Kompositionen wie den Triumphmarsch aus der Verdi-Oper „Aida“, berichtete Nigst. Ein Tonumfang von bis zu vier Ok-

taven sei möglich. Das Allgäuer Alphornbläsertreffen ist traditionell am letzten Sonntag im August. Es fand bereits zum 57. Mal statt.

„Flat White“: Kaffee für Fortgeschrittene

Kaffee zubereiten – das ist eine echte Wissenschaft geworden. War es früher der „Latte Macchiato“, der zur Lifestyle-Vokabel geworden ist, gibt es mittlerweile ei-

nen neuen Kandidaten dafür: den „Flat White“. Die „Essen Gehen“-Ausgabe des Stadtmagazins „Zitty“ findet, er habe eine „erstaunliche Karriere“ hingelegt. Grob ge-

sagt, hat der „Flat White“ mehr Espresso und feineren Milchschaum als ein Cappuccino. In Australien und Neuseeland ist er schon seit langem populär.

Anno dazumal

Was geschah in der Woche vom 7. September?

7. September 1951: Das Bundesverdienstkreuz wird von Bundespräsident Theodor Heuss per Stiftungserlass eingeführt.

8. September 1805: Österreichische Truppen unter Karl Mack von Leiberich dringen in Bayern ein. Mit der Kriegserklärung Frankreichs an Österreich 15 Tage später wird der Dritte Koalitionskrieg ausgelöst.

9. September 1993: In Trier wird bei Ausschachtungsarbeiten für eine Tiefgarage nahe der Römerbrücke ein Schatz mit 2558 römischen Goldmünzen gefunden. Er hat einen geschätzten Wert von 2,5 Millionen Euro.

10. September 1994: In Australien wird im Wollemi-Nationalpark eine bis dahin nur aus Fossilienfunden bekannte Art der Araukariengewächse, *Wollemia nobilis*, entdeckt.

11. September 1949: In der Schweiz wird die Volksinitiative Rückkehr zur direkten Demokratie angenommen.

12. September 1840: Der Komponist Robert Schumann heiratet in Schönefeld bei Leipzig mit gerichtlicher Zustimmung Clara Wieck, deren Vater jeden Kontakt der beiden verbot und das Eingehen dieser Ehe ablehnte.

13. September 1900: Der Schutzverband der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer Standesinteressen, seit 1924 Hartmannbund, wird gegründet.

